

## **Rede Hermann Schaus, (MdL, DIE LINKE. von 2008 bis 2022) vom 19.Feb.2024, Vier Jahre nach Hanau - Gedenkveranstaltung in Friedberg**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir sind heute hier in Friedberg zusammengekommen, um an die neun rassistischen Morde vor genau vier Jahren, am 19. Feb. 2020, in Hanau zu erinnern. Genau wie wir, gedenken heute viele Menschen der Morde.

Ich kann mich noch sehr genau an diesen Abend erinnern. Es war ein Mittwoch. Wir hatten Plenarwoche im Hessischen Landtag, und ich übernachtete in einem Hotel in Wiesbaden, als mich gegen 23.30 Uhr die ersten Anrufe meines innenpolitischen Referenten erreichten. Wir versuchten die halbe Nacht Näheres zu erfahren.

Es war eine chaotische Informationslage und erst am nächsten Tag wurde so langsam das Ausmaß des Grauens in Hanau Stück für Stück deutlich.

Genau heute vor vier Jahren, um 21.53 Uhr, wurden zunächst am Hanauer Heumarkt von einem Rechts-Terroristen drei Menschen brutal ermordet. Mutig stellte sich schon dort Vili Viorel Paun dem Mörder in den Weg. Wahrscheinlich hat er mit dieser Störaktion weitere Morde am Heumarkt verhindert. Danach verfolgte er den Mörder bis nach Hanau-Kesselstadt. In der Zeit zwischen 21.56 Uhr und 21.58 Uhr versuchte er insgesamt fünfmal vergeblich die Polizei zu verständigen.

Kurz vor dem zweiten Tatort stoppte der verfolgte Mörder, stieg aus seinem Fahrzeug aus und erschoss Vili durch die Windschutzscheibe, bevor er anschließend in einem Kiosk und in der daneben liegenden Shisha-Bar weitere fünf Menschen ermordete.

**Diese insgesamt 12 Minuten haben am 19. Feb. 2020 in Hanau die Welt verändert.**

Auch vier Jahre nach dem Terroranschlag sind wir immer noch zutiefst betroffen von diesen rassistischen Morden. Und deshalb ist es gut, wenn heute - so wie hier in Friedberg - in weiteren 45 Städten Gedenkveranstaltungen stattfinden. Und es bleibt auch wichtig, daß die Initiative 19. Februar, in der auch nach wie vor alle Angehörigen zusammenarbeiten, - wie jedes Jahr – auch am letzten Samstag zu einer Gedenkkundgebung aufrief, zu der 8.000 Menschen in Hanau zusammengekommen sind. Daß so vielfältig an den rechten Terroranschlag in Hanau und an die Opfer erinnert wird, ist ein politischer Erfolg der Angehörigen, der Überlebenden, von migrantischen Organisationen und antirassistischen Initiativen.

Rassistische Diskriminierung und Hetze – immer stärker insbesondere von AfD-Politikern, auch aus Parlamenten heraus – sind leider Alltag in der Bundesrepublik geworden. Dies ist der Nährboden für rassistische Ideologien und rechten Terror.

**Hanau war leider kein Einzelfall!**

Nach wie vor fühlen wir mit den Angehörigen, denen selbst nach der Tat weiteres Leid durch die Ermittlungsbehörden zugefügt wurde. In den Wochen und Monaten danach entwickelte sich ein enger Kontakt zwischen unserer Landtagsfraktion und den Angehörigen über die Initiative 19. Februar. Wir halfen bei der Vermittlung von Anwälten und stellten viele Anträge

und Fragen im Innenausschuss. Unser Ziel war es dabei stets, die Angehörigen bei der Aufklärung der schrecklichen Geschehnisse zu unterstützen. Die Polizei, die Staatsanwaltschaft und insbesondere der damalige Innenminister Beuth zeigten sich dabei sehr reserviert und zurückhaltend.

Als die drängenden Fragen der Angehörigen immer stärker wurden, weil auch sie keine ausreichenden Antworten erhielten, hat sich unsere Fraktion entschieden einen Dringlichen Berichts Antrag für die Innenausschusssitzung einzureichen und die Angehörigen als unsere Gäste dazu einzuladen. Diese denkwürdige Sitzung fand am 14. Mai 2020, im damals wegen Corona für Publikum gesperrten Landtag statt. Der damalige Präsident Boris Rhein musste so unserem Drängen nach Einlass der Angehörigen stattgeben.

Es war uns durch öffentlichen Druck auch gelungen, daß alle Verantwortlichen für die Ermittlungen aus Polizei und Generalbundesanwaltschaft zu dieser Sitzung kamen, um die drängenden Fragen, die uns später auch im Untersuchungsausschuss beschäftigen sollten, zu stellen. An diesem Tag spielten sich im Hintergrund Dramen im Landtag ab.

Ich erinnere mich noch gut daran, als mir ganz aufgeregt der Vater von Vili Viorel Paun sagte, dass er erst vor einigen Tagen das Handy seines Sohnes von der Polizei zurückerhalten habe und er darin feststellte, dass sein Sohn fünfmal vergeblich die Polizei angerufen habe. Erst durch seine Feststellung wurden die uns heute im Detail bekannten Versäumnisse bei der Notrufnummer 110 in Hanau erst bekannt.

### **Die Verstorbenen waren keine Fremden, sie waren Menschen aus unserer Mitte.**

Unser Zorn und unsere Gegenwehr gelten den Tätern und den Hetzern im Hintergrund. Sie sind es, die mit alledem nichts zu tun haben wollen. Sie sind aber mitschuldig, indem sie sich immer und immer wieder abwertend und rassistisch äußern und ausgrenzen. Sie waren es auch, die erst den Boden für so schreckliche Taten, wie u. a. in Mölln, Solingen, Rostock-Lichtenhagen, die NSU-Morde, die Morde von Halle und an Dr. Lübcke stimmungsmäßig vorbereiteten. Sie sind es auch, die Deportationspläne von Millionen aus Deutschland planen!

Vor über zwei Jahre versuchte ein gemeinsam von SPD, FDP und LINKE im Hessischen Landtag beantragter Untersuchungsausschuss, Antworten zu den vielen quälenden Fragen der Hinterbliebenen und der überlebenden Opfer zu erhalten.

Im Beschluss heißt es:

*„Der Untersuchungsausschuss hat den konkreten Auftrag, Handeln und mögliches Unterlassen der Hessischen Landesregierung und ihrer nachgeordneten Behörden aufzuklären, die im Zusammenhang mit dem rassistischen Anschlag von Hanau stehen oder stehen könnten.“*

Fragen wie:

- Was wussten die Behörden über den Täter und dessen Vater und wie wurde mit diesen Informationen umgegangen?
- Gab es Versäumnisse bei der Ausstellung der Waffenerlaubnisse für den Täter? Hätten rechtliche Möglichkeiten bestanden, die Erteilung zu versagen?
- Warum war die Notrufnummer 110 am Tatabend für Vili Viorel Păun und andere nicht erreichbar? Wer in den Behörden und in der Politik wusste von der Notrufproblematik, die seit 2016 bestand?

- Welche Verantwortung tragen Hessische Behörden dafür, daß der Notausgang in der Arena-Bar verschlossen war?
- Gibt es Zusammenhänge zwischen den Taten am 19. Februar 2020 und dem polizeibekanntem Vorfall im März 2017, bei dem in Kesselstadt Jugendliche von einem Mann in militärischer Ausrüstung bedroht wurden?

All das sollte umfassend aufgeklärt werden. Die Angehörigen der Opfer, die in unserer Mitte stehen, erwarteten umfassende Antworten auf ihre sie quälenden Fragen.

### **Die Ergebnisse dieses Untersuchungsausschusses können uns nicht zufriedenstellen.**

Zum einen war die Notrufzentrale bei der Hanauer Polizei personell, wie technisch völlig unzureichend.

In unserem Sondervotum stellten wir dazu fest:

*„Die Fraktion DIE LINKE stellt fest, daß die technische Ausstattung des Notrufs in der Tatnacht unzureichend war und nicht den technischen Standards entsprach, die in Hessen bereits implementiert waren.*

*Wie im Abschlussbericht richtig dargestellt wird, war das Polizeipräsidium Südosthessen – und somit auch der Bereich Hanau - von der Zentralisierung des Notrufs zunächst ausgenommen, da das damalige Bestandsgebäude des Polizeipräsidiums Südosthessen räumlich, technisch, und personell nicht um eine zentrale Notrufleitstelle erweitert werden konnte.*

*Es gab zwei Notrufabfrageplätze in der Polizeistation Hanau I; die Abfragemöglichkeit an den Notrufabfrageplätzen war nur auf zwei gleichzeitige Anrufe limitiert. Die Staatsanwaltschaft Hanau kam deshalb zu dem Schluss, dass die Notrufrinfrastruktur für die Bewältigung einer solchen Terrorlage völlig unzureichend gewesen sei.“*

Dass der ehemalige Polizeipräsident, der dies mehr als 10 Jahre lang zuvor ignorierte, dann auch noch von Innenminister Beuth zum Landespolizeipräsidenten befördert wurde, ist m. E. als besonders instinktlos zu kritisieren.

Eine höhere Kapazität zur Bearbeitung von Notrufen war schon Jahre zuvor unbedingt erforderlich. Aufgrund der starken Verzögerungen beim Neubau der Polizeistation in Hanau hätte man eine Übergangslösung schaffen müssen die dies gewährleistet, dann wäre Vili Viorel Paun vermutlich noch am Leben und es hätte eine realistische Chance bestanden weitere Tote in Kesselstadt zu verhindern.

Im Zuge der Zeugenvernehmungen im Untersuchungsausschuss hat sich die Vermutung erhärtet, daß der Notausgang der Arena Bar im Allgemeinen verschlossen war. Die Tür wurde regelmäßig von Mitarbeiter:innen geöffnet, um angefallenen Müll zu entsorgen. Möglicherweise, weil in diesem Kontext ab und zu vergessen wurde, die Tür wieder zu verschließen, konnten Gäste der Bar sie hin und wieder nutzen, um eine Abkürzung zu nehmen. Insbesondere in der Tatnacht war der Notausgang abgeschlossen. Diese Vermutung hat sich sowohl durch die Aussagen der in der Tatnacht und am Folgetag eingesetzten Polizeibeamten und die Aussagen von Zeugen, die am Tatabend versucht hatten, die Notausgangstür zu öffnen, bestätigt.

In unserem Sondervotum stellten wir auch fest:

*„Im Zuständigkeitsbereich der Waffenbehörde des Main-Kinzig-Kreises verletzte im Juli 2019 ein rechter Terrorist mit einer Schusswaffe, die er legal besaß, einen Asylbewerber in Wächtersbach und wenige Monate später - am 19. Februar 2020 - wurden dort neun Menschen in Hanau aus rassistischen Motiven ermordet.“*

Ich erinnere daran:

*„Der Mörder des Kasseler CDU-Politikers Dr. Walter Lübcke trainierte von 2016 bis 2019 bei einem Schützenverein und sein Komplize besaß legal Schusswaffen. Im Dezember 2022 flog eine rechtsterroristische Vereinigung um den Immobilienunternehmer Prinz Reuß aus Frankfurt auf, in deren Netzwerk sich zahlreiche Personen mit Waffenbesitzkarten befanden. Schützenvereine, Waffenläden, Anbieter von Schießtrainings etc. bilden eine Infrastruktur des legalen Waffenbesitzes, die von rechten Terrorist:innen genutzt wird.*

*Diese Infrastruktur für tödliche Waffen stellt ein enormes Gefahrenpotential für die Gesellschaft dar. Mit der bisherigen Praxis der hessischen Waffenbehörden und den aktuellen bundesrechtlichen Rahmenbedingungen wird diesem nicht ausreichend begegnet. Deshalb muss die Verfügbarkeit von tödlichen Schusswaffen substantziell zurückdrängt werden, um dieses Gefahrenpotential zu minimieren. Dazu gehört auch die vollständige Umstellung auf nichttödliche Schusswaffen im Bereich des Schießsports.“*

**Von 15 Seiten Handlungsempfehlungen im offiziellen Bericht sind bisher nur wenige umgesetzt! Auch gibt es bis heute keine Entschuldigung der damaligen Landesregierung, unter MP Bouffier oder des damaligen Innenministers Beuth!**

**Es ist zudem ein einmaliger Vorgang, daß der Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses und die Debatte dazu, mit fadenscheinigen Begründungen, hinter die Landtagswahlen geschoben wurde.**

Die Terroranschläge der letzten Jahre, die Morde des NSU und auch die Drohbriefserie des NSU 2.0 zeigen uns auch, daß wir eine unabhängige Ermittlungsstelle, die Rassismus und rechte Netzwerke, auch in den Sicherheitsbehörden, lückenlos aufklärt und bekämpft, benötigen.

Die Tatsache, daß 13 jener Frankfurter SEK-Beamten, die nachts am Täterhaus eingesetzt waren, Mitglieder in einer rechtsextremen Chat-Gruppe waren, ist einer der Skandale um den Terroranschlag von Hanau.

Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit muss langfristig der gesellschaftliche Nährboden entzogen werden. Dies kann nur gelingen, indem sozialer Unsicherheit, Ausgrenzung und mangelnder demokratischer Bildung begegnet wird.

Eine ganz besondere Rolle müssen hierbei Schulen, Hochschulen, die Jugendarbeit, der internationale und interreligiöse Austausch übernehmen. Struktureller Diskriminierung - z.B. beim Zugang zum Wohnungs- und Arbeitsmarkt – ist entgegenzuwirken.

Zudem braucht es ein Hessisches Antidiskriminierungsgesetz nach Berliner Vorbild. Insbesondere der öffentliche Dienst muss sich an der Wirklichkeit einer Einwanderungsgesellschaft orientieren. Statt immer mehr Kompetenzen für die Sicherheitsbehörden, die im Kampf gegen rechts regelmäßig strukturell versagen, braucht es eine Stärkung der wehrhaften Zivilgesellschaft.

**Deshalb ist es gut und wichtig, daß vom 12. Januar 2024, bis heute, über 3,3 Millionen Menschen, in 1162 Städten, gegen die AfD und ihre Deportationspläne gemeinsam auf die Straße gegangen sind.**

Wenn wir in einer freien Gesellschaft leben wollen, müssen wir Menschenverachtung immer und überall aktiv entgegentreten und uns für ein solidarisches Miteinander stark machen. Die engagierte Zivilgesellschaft leistet einen unverzichtbaren Beitrag für unser demokratisches Miteinander und füllt dort eine Lücke, wo die Sicherheitsbehörden oder staatliche Stellen versagen. Ich hoffe, wir bleiben weiterhin engagiert und wachsam!

**Demokratische Bildung und antifaschistische Arbeit sind schlicht das wirksamste Mittel gegen Menschenhass.**

Ich schließe mit einem Zitat aus der Erklärung der Angehörigen zum zweiten Jahrestag 2022:

*„Damit wir keine Angst mehr haben müssen, muss es politische Konsequenzen geben. Rassismus, egal in welcher Form, darf nicht mehr geduldet, verharmlost oder ignoriert werden.*

- *Wir geben keine Ruhe!*
- *Wir stehen zusammen und kämpfen gemeinsam.*
- *Gegen die Angst.*
- *Für das Leben.*
- *Erinnern heißt verändern!“*

Ferhat Unvar schrieb bereits 2015 auf seiner Facebook-Seite:

**„Tot sind wir erst, wenn man uns vergisst!“**

Wir werden euch nicht vergessen!

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.